

Embargo: 1.6.78 à 15h

DISCOURS DE M. GUIDO BRUNNER  
devant le  
CENTRE EUROPEEN DE L'ENTREPRISE PUBLIQUE

---

Madrid, le 1. juin 1978

VORTRAG VON HERRN DR. GUIDO BRUNNER

---

in Madrid am 1. Juni 1978

W E L T I M W A N D E L

---

1. Wir erleben jetzt weltweit einen grossen Umbruch. Alle Länder, ohne Rücksicht auf das Wirtschaftssystem, Industriestaaten ebenso wie Entwicklungsländer machen die Erfahrung eines grossen Wandels.

Ich möchte drei Ereignisse nennen, die herausragen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit werden wir konkret mit den Grenzen des Wachstums konfrontiert. Wie nie zuvor erleben wir die Endlichkeit der Rohstoffreserven und die Grenzen unserer ökonomischen und technischen Möglichkeiten. Wohlbemerkt : Es handelt sich nicht um Gedankenspiele in Seminaren. Dies erleben wir im wirtschaftlichen Alltag.

Wir verdanken diese Erfahrung nicht der Einsicht. Eine Krise war nötig, um uns die Augen zu öffnen. Der Olschock von 1973/74 hat gezeigt : Seit dem letzten Krieg haben wir Verschwendung getrieben. In zwanzig Jahren haben wir unseren Energiekonsum verdoppelt. Früher haben wir uns dazu immerhin 100 Jahre Zeit gelassen. Den Ölverbrauch haben wir in zwanzig Jahren sogar vervierfacht. 1973 belehrten uns die Olförderländer, dass es so nicht weitergeht. Der Eingriff war

schmerzhaft. Innerhalb von Monaten stiegen die Ölpreise um 100 %, dann wurden sie nochmals verdoppelt, und heute kostet Rohöl sechsmal soviel wie vor der Krise. Um ein Beispiel zu nennen : Vor fünf Jahren kostete das Barrel Öl 2 Dollar. Die Ladung eines grossen Tankers war 3 Mio Dollar wert. Heute kommt uns das Barrel auf 12,70 Dollar zu stehen und für die Ladung des Tankers müssen 20 Mio Dollar auf den Tisch gelegt werden. Oft wirken Kurskorrekturen traumatisch. Das bedeutet nicht, dass sie besser unterblieben wären. Das besagt nur, dass sie zu spät vollzogen wurden. Die Ölpreise waren lange Zeit zu niedrig. Wenn wir auf dieser Grundlage weitergewirtschaftet hätten, wären die Energiequellen in den nächsten zehn Jahren erschöpft gewesen. Ob man es will oder nicht, die OPEC hat mit dieser Tat ein langfristiges Konzept zur Sicherung der Weltrohölreserven entwickelt. Sie hat 1973 eine Vorratspolitik begonnen, für die es höchste Zeit war. Die Tatsache freilich bleibt : Auch bei sparsamen Verbrauch stehen Anfang der 90er Jahre nicht genug traditionelle Energieträger zur Verfügung. Vor allem Öl wird knapp. Das ist ein Ereignis von ungeheurer Tragweite.

2. 1973 haben sich die Ölförderländer als wirtschaftliche Macht etabliert. Das bringt mich zum zweiten Ereignis des heutigen Wandels. Wir erleben jetzt eine neue Verteilung der Ressourcen und des Wohlstandes. Die Länder der dritten Welt haben die Verfügungsgewalt über ihre Naturschätze in die eigene Hand genommen. Das gilt nicht nur für die Energiequellen. Auch mit anderen Rohstoffen, zum Beispiel mit Erzen und Metallen, wird Politik gemacht.

Als die Mineralölkrise auf dem Höhepunkt war, hat man deprimierende Rechnungen aufgemacht. Man hat allein für die Hauptförderländer am Persischen Golf bis 1980 Nettodevisenüberschüsse von 280 Milliarden Dollar aufaddiert. Das entsprach der Hälfte der Weltdevisenreserven. Diese Rechnung konnte nicht aufgehen. Denn diesen Deflationsschock hätte die Weltwirtschaft nicht überlebt. Wer hätte diese Summen

unterbringen, anlegen, zurückschleusen können? Die Devisenüberschüsse sind bisher bescheidener ausgefallen. Letztes Jahr waren es 33 Milliarden Dollar, und die Tendenz ist abnehmend. Man wird also die befürchtete Grössenordnung nicht erreichen. Aber eine gewaltige Umverteilung hat natürlich stattgefunden. Der Import teurer Rohstoffe hat Kaufkraft und Nachfrage in grossem Umfang abgeschöpft. Dem haben schliesslich weder die Konjunktur noch das Währungssystem standgehalten. Denken Sie beispielsweise an die Wirren auf den Devisenmärkten und die jüngsten Dollarturbulenzen.

3. Die Rohstoffproduzenten haben nicht nur ihre Einkommen aufgebessert. Verschiedene Länder haben auch eine Grundlage für eigene Produktionen geschaffen. Dies ist das dritte Ereignis, von dem ich sprechen wollte. Die Länder der Dritten Welt bauen eigene Industrien auf. Es gibt jetzt leistungsfähige junge Industrieländer. Zum Beispiel: Brasilien, Venezuela, Mexiko, Korea, Taiwan oder Iran oder Irak. In diesen Ländern gibt es reiche Energie- und Rohstoffvorkommen. Arbeitskräfte sind billig, die Produktionskosten niedrig. Und mit den Rohstoffeinnahmen wird westliche Technologie zugekauft. Natürlich nutzen diese Länder ihre komparativen Vorteile. Sie überschütten uns mit billigem Stahl, mit Schiffen und Textilien und anderen Erzeugnissen. In diesen Ländern werden heute Wachstumsraten von 6, 7 oder auch mehr Prozent erwirtschaftet. Etwas Vergleichbares konnten wir in Europa höchstens in den glücklichen 50er und 60er Jahren vorweisen.
4. Das Wirtschaftswunder findet heute draussen statt. In Europa haben wir Sorgen. Unser Vertrauen in die Zukunft und auch unser Selbstvertrauen haben gelitten. Unsicherheit und Zweifel, nicht Tatkraft und Zuversicht bestimmen unser Handeln. Dies sind nicht die Eigenschaften, denen wir unsere wirtschaftlichen Erfolge und den hohen sozialen Standard verdanken. Wen darf es wundern, dass die Wirtschaft so nicht in Schwung kommt. Seit 1973 hat sich das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Gemeinschaft halbiert. Auch im Vergleich zu den USA und Japan liegen

wir zurück. Dort werden wesentlich höhere Leistungen erzielt. Natürlich gibt es auch bei uns hier und da schon Lichtblicke, aber noch immer wird nicht genug produziert. Wir brauchen 4 1/2 Prozent Wachstum, um unseren Arbeitsmarkt zu entlasten. Doch wenn die Konjunktur nicht endlich anspringt, schaffen wir dieses Jahr höchstens 3 %. Das sieht dann nicht gut aus für die 6 1/2 Mio Arbeitslosen in der Gemeinschaft. Es ist übrigens unerträglich, dass 40 % davon Jugendliche unter 25 Jahren sind. Und in den nächsten Jahren werden noch mehr junge Menschen ins Erwerbsleben treten.

5. Ohne Vertrauen schaffen wir keine Stabilität und keinen Fortschritt. Denn dann erklingt der Ruf nach Protektion und Handelsschranken. Mauern sind kein Symbol des Fortschritts. Ich will nicht leugnen, dass es solche Bestrebungen in der Gemeinschaft gibt. Es wäre zwecklos, dies hier zu leugnen. Denn die Gemeinschaft hat von Spanien bereits Beschränkungen gefordert, die einem Gebot der inneren Strukturnot weit mehr als einer liberalen Überzeugung entspringen. Spanien hat Produktionsvorteile in Sektoren, die in der Gemeinschaft notleidend sind. Bei Stahl, bei Schuhen, bei Textilien, aber auch im Fischereibereich hat die Gemeinschaft von Spanien Zugeständnisse gefordert. 1976 hat die Gemeinschaft 985.150 t Stahlerzeugnisse in Spanien eingekauft. Überall auf der Welt steht die Stahlindustrie unter Druck. In der Gemeinschaft arbeiten die Betriebe mit 60 % Kapazitätsauslastung. Wir versuchen, den Markt zu stabilisieren. Deshalb haben wir Spanien gebeten, die Ausfuhren nicht weiter zu steigern (1978 nur 900.000 t).

Solche Regelungen erziehen nicht zur unternehmerischen Tüchtigkeit. Sie sind nicht vertrauensbildend - schon gar nicht beim betroffenen Handelspartner. Für die Marktwirtschaft ist dies nicht gut. Denn so werden Kapital und Arbeit verschwendet. Und es werden

Berufungsfälle für neue Sünden geschaffen.

6. Wenn ich jetzt an die Beitrittsverhandlungen mit Spanien denke, in die wir demnächst treten werden, so muss ich sagen : Dies ist ein delikater Zeitpunkt. In der Gemeinschaft werden zuviele Energien zur Überwindung innerer Schwierigkeiten aufgebraucht. So mancher Plan zur Vollendung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes stösst sich an den harten Tatsachen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungskraft. Spanien steht mitten in einem Normalisierungsprozess. Doch wir sollten nicht immer wieder betonen, dass die Probleme schwierig oder gar unüberwindlich seien. Überzeugte Europäer können auch auf Leistungen verweisen, und auch in Spanien gibt es beachtliche Fortschritte.

Die spanische Wirtschaftspolitik hat durch den Moncloa-Pakt eine Richtung erhalten. Das Zahlungsbilanzdefizit konnte bereits auf 2,5 Milliarden Dollar halbiert werden, und weitere Verringerung in diesem Jahr erscheint möglich. Das bedeutet, dass man auch in Spanien die Lehren des Ölshocks zu lernen beginnt und mit der Verschwendung Schluss macht. Vor einem Jahr gab es in diesem Land eine Inflationsrate von 30 %. 1978 sind es vielleicht 15 %. Die Lohnbegrenzungen werden eingehalten. Das Finanzaufkommen ist um 26 % gestiegen. Natürlich kostet der Weg zur Normalisierung seinen Preis an Opfern und Mühsal. Die Beschäftigungslage ist, wie übrigens überall, angespannt. Doch sollten wir nicht vergessen, dass wir es in der grossen Rezession von 1930 mit Arbeitslosenquoten von 30 % und mehr zu tun hatten.

Ich will gar nicht leugnen, dass es in der Gemeinschaft Befürchtungen wegen des Beitritts gibt. Manche Agrarproduzenten sehen in Spanien einen Konkurrenten. Doch Minister Calvo Sotelo hat eine gute Antwort gegeben. Auf einem Seminar in Brügge sagte er : Bei den Verhandlungen des Jahres 1970 hat die Gemeinschaft die Anpassungsfähigkeit der spanischen Industrie unterschätzt, jetzt scheint es, als ob die Anpassungsfähigkeit der spanischen Landwirtschaft überschätzt wird. Die Gemeinschaft braucht Spanien aus vielen Gründen. Auch wirtschaftlich hat Spanien etwas zu bieten. Ein attraktiver Markt von 36 Mio Verbrauchern mit wachsenden Ansprüchen wird voll erschlossen. Die Beitrittsverhandlungen dürfen deshalb auf keinen Fall zu einem defensiven Schacher um Zugeständnisse verkümmern. Die Gemeinschaft muss glaubwürdig bleiben, damit sie selbst an ihre Prinzipien glauben kann. Wir müssen diese Erweiterung zu einem Erfolg machen.

7. Ich sprach eingangs von einem tiefen Wandel und von der grossen Vertrauenskrise in Europa. Was wir jetzt erleben, ist der Kampf der Dritten Welt um wirtschaftliche Emanzipation und die Folgen. Europa <sup>kann</sup> zweierlei tun : Es kann sich wie ein reicher Mann verhalten, der seine Güter mit Zäunen schützt und Privilegien verteidigt. Es kann aber auch den Weg der Kooperation mit der Dritten Welt beschreiten. Heute wissen wir : Nur scheinbar gibt es den Interessenkonflikt zwischen Nord und Süd. Nehmen Sie zum Beispiel den Fall der Energie. Energie ist nicht nur in Europa knapp. Energie ist für viele Entwicklungsländer unerschwinglich. 1974 mussten die OIhabenichtse für zusätzliche Erdöleinfuhren den gesamten Erlös der öffentlichen Entwicklungshilfe einsetzen. In Indien werden zwei Drittel aller Exporterlöse für OIkäufe verwendet. Doch in 25 Jahren ist die Verfügbarkeit von Energie nicht nur eine Frage

des Geldes. Dann gehen traditionelle Quellen zur Neige. Heute hat Afrika einen jährlichen Energieverbrauch von 0,25 t pro Kopf der Bevölkerung. In der Gemeinschaft konsumieren wir das Zehnfache und die USA verbrauchen doppelt soviel wie wir in Europa. Doch Afrika hat einen grossen Nachholbedarf. In 25 Jahren wird es mindestens dreimal soviel Energie verbrauchen wie heute. Wir laufen Gefahr, gegen Ende des Jahrhunderts einen Nachfragekrieg auf den Weltenergiemärkten zu erleben. Dann wäre es aus mit unserer liberalen Ordnung. Doch auch die Entwicklungsländer würden auf der Strecke bleiben. Wir wären dann da, wo Karl Marx uns landen sah : Die Industriegesellschaften würden an ihrer eigenen Produktion erstickten, während neben ihnen die Dritte Welt verhungert.

Der Europäischen Gemeinschaft, der grössten Handelsmacht der Welt mit 35 % Welthandelsanteil, dem grössten Abnehmer von Produkten der Entwicklungsländer können solche Aussichten nicht gleichgültig sein. Die Gemeinschaft muss dafür sorgen, dass diese Katastrophe vermieden wird. Sie muss eine eigene Energiepolitik entwickeln, und sie muss eine enge Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern beginnen. Um eine gesicherte Versorgung mit Energie sicherzustellen, sind enorme Summen erforderlich. In Europa werden bis zum Ende des Jahrhunderts 235 Milliarden Dollar investiert. Die Entwicklungsländer brauchen mehr Wachstum und mehr Energie. Aber sie dürfen dabei die Energiesünden der Industrieländer nicht wiederholen. Sie müssen sparsam mit den knappen Ressourcen umgehen. Sie müssen ihre Versorgungsgrundlage verbreitern und alternative Energien entwickeln. Dazu brauchen sie unsere Hilfe. Wir verfügen in Europa über gewisse Mittel, um unsere Wirtschaft nach und nach auf andere Energiequellen umzustellen. In Ländern aber, deren Zahlungsbilanzen durch die Ölverteuerung tief im Minus stecken, deren Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt hält, ist moderne Energienutzung, sind beispielsweise Atomkraftwerke oder geothermische Kraftherzeugung oder Nutzung der Sonnenenergie ohne unsere Hilfe eine Utopie. Wir haben ein urgeigenes Interesse daran, mit den Entwicklungsländern



bei der Lösung der Energieprobleme zusammenzuarbeiten. Wer meint, dass die Entwicklungsländer dies selbst besorgen sollten, erliegt einem gefährlichen Irrtum. Er übersieht, dass die Welt zu einem grossen Wirtschafts- und Versorgungsverband zusammengewachsen ist, aus dem niemand ungestraft ausbrechen kann. Niemand von uns kann im eigenen Wohlstand sicher leben, wenn andere - und es handelt sich um viele - nicht daran teilhaben. Erst, wenn Stabilität und Kontinuität überall auf der Welt gesichert sind, wird das Vertrauen in die weltwirtschaftliche Ordnung wieder hergestellt.

---